

SERAPS WOCHE



INHALTSVERZEICHNIS

SCHWERPUNKTE DER SITZUNGSWOCHE

LEITANTRAG: ANTWORT AUF DAS U.S.- GESETZ ZUR INFLATIONSBEKÄMPFUNG

WAHLRECHTSREFORM

AUTOBAHNAUSBAU LEVERKUSEN

INTERVIEW DLF ZUR KAMPFPANZERLIEFERUNG

Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

die zweite Sitzungswoche im neuen Jahr 2023 ist vorüber. Ich möchte Sie und Euch ab jetzt mit meinem neuen Newsletter aus Berlin auf dem Laufenden halten. Dafür möchte ich künftig direkt und zeitnah über meine Arbeit aus der Fraktion berichten. Sie finden in diesem Newsletter die Schwerpunkte jeder Sitzungswoche, Initiativen oder Positionspapiere sowie einen Überblick meiner Beiträge in der öffentlichen Debatte.

Zu den Schwerpunkten möchte ich auf unseren **Leitantrag der Woche: „Eine europäische Antwort auf das U.S.- Gesetz zur Inflationbekämpfung geben – Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen“** verweisen. In dieser Woche hat auch die **Wahlrechtsreform** wieder eine Rolle gespielt. Unsere Antwort auf den Ampel-Vorschlag haben wir in dieser Woche eingebracht. **Wir kämpfen dafür, dass Ihre Bürgerstimme nicht entwertet wird. Auch der Autobahnausbau in Leverkusen war in dieser Woche Thema.**

Am Ende möchte ich noch auf **mein Interview im DLF zur Entscheidung, die Ukraine mit Kampfpanzern zu unterstützen**, hinweisen. Ich freue mich sehr über Ihr Feedback.

Für das Interesse an meiner Arbeit danke ich herzlich und übersende beste Grüße an Sie aus dem Deutschen Bundestag.

 SERAP GÜLER

 SGUELER

 SERAPGUELER

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Leitantrag der Woche: „Eine europäische Antwort auf das U.S.- Gesetz zur Inflationbekämpfung geben – Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen“

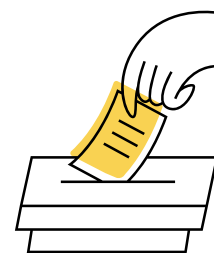
Das Anfang des Jahres in Kraft getretene US-Gesetz zur Inflationbekämpfung (Inflation Reduction Act) sieht massive Subventionen in dreistelliger Milliardenhöhe für Investitionen in Klimaschutz, erneuerbare Energien und saubere Technologien in den USA vor. Einige Regelungen in dem Gesetz verknüpfen Vergünstigungen mit dem Erfordernis einer Produktherstellung in Nordamerika („Buy American“- oder „local content“-Anforderungen). Dies hat zu erheblichen Spannungen im transatlantischen Verhältnis geführt und in der EU Sorgen über die Zukunft des Investitionsstandorts Europa ausgelöst. In der EU werden Wettbewerbsverzerrungen und eine Verlagerung von Industrie nach Nordamerika befürchtet. **Die monatelange Untätigkeit der Bundesregierung gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa.** Seit Monaten warten Wirtschaft und unsere europäischen Partner auf eine klare Position der Bundesregierung zum U.S.-Gesetz zur Inflationbekämpfung. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken. Dazu zählt ein **nationales und europäisches Belastungsmoratorium, eine Vertiefung insbesondere der transatlantischen Handelsbeziehungen und das gezielte Anreizen von Innovation und Investitionen in Europa.**

Unter diesem Link finden Sie den Antrag: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005352.pdf>

Unser Antrag „Wahlrechtsreform – Bundestag verkleinern, Bürgerstimme stärken“

Der Vorschlag der Ampel: Mit dem Entwurf soll der Deutsche Bundestag eine feste Größe von 598 Abgeordneten erhalten. Jeder Wähler soll zwei Stimmen haben, eine „Wahlkreisstimme“ für einen Direktkandidaten und eine „Hauptstimme“ für die Landesliste einer Partei. Die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag orientiert sich dabei allein an den abgegebenen „Hauptstimmen“. Überhang- und Ausgleichsmandate werden abgeschafft. Wenn in einem Bundesland mehr Direktmandate anfallen als einer Partei nach dem Hauptstimmenergebnis zustehen, werden diese überhängenden Direktmandate „gekappt“. Mit anderen Worten: ein gewonnener Wahlkreis ist noch längst kein gewonnener Wahlkreis. Die Bürgerstimme wird also entwertet. **Da die Ampel unseren Vorschlag für ein echtes Zwei-Stimmen-Wahlrecht abgelehnt hat, schlagen wir fünf Punkte für einen möglichen Kompromiss vor:**

1. Die Anzahl der Wahlkreise wird auf 270 reduziert.
2. Die Regelgröße für Listenmandate wird auf 320 erhöht.
3. Die Anzahl der unausgeglichene Überhangmandate wird auf die verfassungsrechtlich zulässige Anzahl erhöht.
4. Überhangmandate einer Partei in einem Bundesland werden wie bisher mit Listenmandaten der gleichen Partei in anderen Bundesländern verrechnet.
5. Bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 Prozent der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens fünf Wahlkreisen einen Sitz errungen haben. Unter diesem Link finden Sie den gesamten Antrag:



<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-931162>

Bundesverkehrsministerium bevorzugt nach wie vor Stelze statt Tunnel und ignoriert damit die Bedürfnisse der Leverkusener

Für Montag, den 30. Januar, hatte der Parlamentarische Staatssekretär Oliver Luksic die Leverkusener Stadtspitze mit Oberbürgermeister Uwe Richrath, die Leverkusener Bundestagsabgeordneten sowie den Verkehrspolitischen Sprecher der FDP Bernd Reuther eingeladen. Inhalt des Gesprächs sollte die Vorstellung der Ergebnisse der Untersuchung des ergänzenden Lärmgutachtens im Zusammenhang mit dem Ausbau der A 3 und A 1 in Höhe der Stelze sein.

Nun wurden schon diese in der gedruckten Ausgabe der Bürgerzeitung zum Autobahnausbau DIALOG in die Koordinierungsstelle für den Autobahnausbau der Stadt Leverkusen geliefert – mit der Bitte um Verteilung nach Freigabe durch die Autobahn GmbH. **Das darin veröffentlichte Resultat des Lärmgutachtens bestätigt die Vorzugsvarianten und erklärt die Vorplanungsphase als offiziell beendet.** Weiter heißt es, dass die Planungen zum Ausbau der Autobahnen auf Grundlage der bisher gewonnenen Erkenntnisse nun weiter zu konkretisieren sind.

„Ich bin sehr enttäuscht über das Vorgehen des Bundesverkehrsministers, gerade nach den Ankündigungen im Koalitionsvertrag“, nimmt Serap Güler (CDU), Bundestagsabgeordnete für Leverkusen, zum aktuellen Vorgehen in Sachen Autobahnausbau Stellung. „Es ist eine Frechheit, dass die Ergebnisse eines Austauschs, zu dem das Ministerium eingeladen hat, vorab veröffentlicht werden. Bleibt die Frage, wie ernst zukünftige Angebote und wie vertrauensvoll eine Zusammenarbeit zu werten sind.“

Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust



„Eine Minute war in Auschwitz ein Tag, ein Tag ein Jahr, ein Monat eine Ewigkeit. Wie viele Ewigkeiten kann ein Mensch in einem einzigen Leben haben.“

So der Auschwitz Überlebende Roman Kent über die Zeit im Konzentrationslager. Worte, die jedes Mal wieder schmerzen, aber auch Worte, die wir weitertragen müssen, damit die barbarischen Taten des NS-Regimes niemals in Vergessenheit geraten. Die Verantwortung, sich an diese Verbrechen zu erinnern, endet nicht- sie ist fester Teil unserer nationalen Identität. Es ist daher unsere Aufgabe, die Erinnerung für nachfolgende Generationen wach zu halten und dem Antisemitismus mit aller Kraft entgegenzutreten. Gerade Deutschland trägt eine besondere Verantwortung.

Interview im DLF zur Kampfpanzerlieferung in Ukraine

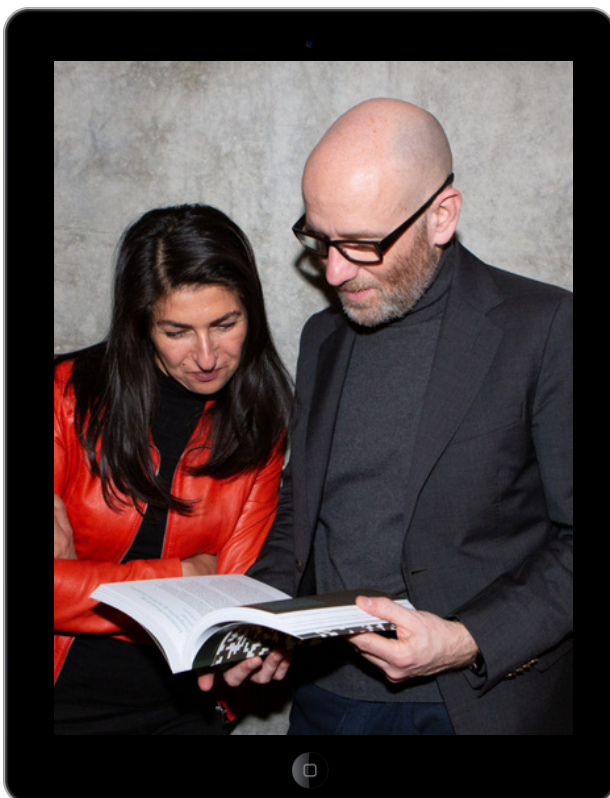
Deutschland liefert - endlich - Kampfpanzer an die Ukraine. Überlebenswichtig für ukrainische Soldaten und ein wichtiges Signal an unsere Verbündeten. Gemeinsam müssen wir jetzt alles mögliche tun, damit sich die Ukraine weiter effektiv gegen die russische Offensive verteidigen kann. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir schon viel früher hätten liefern können. Wir müssen unserem Führungsanspruch endlich gerecht werden. Auch unsere Freiheit wird dort verteidigt.

Der Link zum Nachhören:



<https://www.deutschlandfunk.de/panzerlieferungen-und-ampelkoalition-interview-serap-gueler-cdu-vorstand-dlf-d49ecf6a-100.html>

Rückblick auf KAS-Veranstaltung „Bundeswehr der Zukunft Verantwortung und künstliche Intelligenz“



Gemeinsam mit der Universität der Bundeswehr München wurde der Sammelband am 17. Januar 2023 von in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, vorgestellt. Anschließend fand eine spannende Podiumsdiskussion zum Thema: „Bundeswehr der Zukunft - Verantwortung und Künstliche Intelligenz“ statt. In Anbetracht der veränderten Bedrohungslage gilt es die Bundeswehr anzupassen. Wie viel KI brauchen unsere Streitkräfte und ihre Partner? Wie sind Intelligente Technologien und ihre verantwortliche Nutzung im militärischen Einsatz in Einklang zu bringen?

Diese Entscheidungen sind nicht immer ganz einfach, denn auch hier müssen wir immer wieder neu abwägen zwischen Ethik, Innerer Führung und technischer Neuerung im Sinne der Kampfkraft.